

Kommissionsauftrag KBK betreffend Zukunft der Bündner Schulen (Erstunterzeichnerin Favre Accola)

Am 12. März 2024 beschloss die Bündner Regierung die Einleitung der Umsetzung von Massnahmen zwecks Kostenreduktion bei den hochschwelligen sonderpädagogischen Massnahmen (RB 223/2024), basierend auf dem Bericht Safi «Kostenentwicklung Sonderschulung im Kanton Graubünden» zuhanden des AVS. Dieser Regierungsbeschluss wird nicht nur bei den Schulträgerschaften heftig kritisiert, sondern wirft auch bei der KBK zahlreiche Fragen auf, welche auch nicht anlässlich ihrer Sitzung vom 17. April 2024 mit dem EKUD zufriedenstellend beantwortet werden konnten.

Mit den im Regierungsbeschluss skizzierten und in zwei Phasen umzusetzenden Massnahmen wird insbesondere der Verwaltungsaufwand erhöht. Die Bildungsqualität und die notwendige Unterstützung der Schulträgerschaften in Bezug auf die wichtige Arbeit der Integration zum Wohle der Kinder bleiben aber grösstenteils auf der Strecke. Des Weiteren ignoriert die Bündner Regierung den Grundsatz, dass Früherkennung (Frühdiagnose) sowohl im niederschwelligen wie auch im hochschwelligen Bereich für die optimale Förderung und für eine nachhaltig erfolgreiche Integration zentral ist.

Hinzu kommt es zu einer weiteren (finanziellen) Lastenverschiebung zu Ungunsten der Schulgemeinden. Der Grosse Rat hat sich im Kontext des Auftrags Degiacomi bezüglich Belastung der Volksschule klar geäussert – weitere finanzielle und strukturelle Belastungen der Volksschulen lehnt die KBK klar ab. Die geplante, isolierte Anpassung der Beteiligung der Schulträgerschaften an den jährlichen, durchschnittlichen Kosten für die hochschwelligen Massnahmen lehnt die KBK ab. Die Kostenaufteilung zwischen den Schulträgerschaften und dem Kanton für die nieder- und hochschwellige Sonderschulung wurde im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden (Bündner NFA) im Jahr 2009 ausgehandelt und austariert. Nach der Ablehnung des Bündner NFA durch das Volk ist dieses Verhandlungsergebnis in die Totalrevision des Schulgesetzes im Jahr 2012 eingeflossen. Die Finanzausgleichsreform im Jahre 2014 hat diese Kostenaufteilung bestätigt. Die von der Regierung angestrebte Lastenverschiebung müsste konsequenterweise eine neue Gesamtschau über den gesamten Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden auslösen.

Die KBK anerkennt ausdrücklich die Sinnhaftigkeit, dass Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Hand gelegentlich überprüft werden und dabei grundsätzlich keine Aufgabenbereiche ausgeklammert werden. Die Massnahmen im Regierungsbeschluss beschränken sich jedoch aus Sicht der KBK zu sehr auf die Vorschläge des Berichts und vernachlässigen andere Lösungsansätze, welche bei einem angemessenen Einbezug der Schulsozialverbände hätten einfließen können.

Die KBK hält auch fest, dass die Schulträgerschaften sich in der Vergangenheit sehr wohl für die Entwicklung von effektiveren und kostengünstigeren Massnahmen im nieder- und hochschwelligen Sonderpädagogikbereich eingesetzt haben. Solche stufen-, klassen- oder schulstandortabhängigen Pilotversuche wurden vom Amt bzw. Departement jedoch stets mit Verweis auf die Schulgesetzgebung abgelehnt und leider bereits im Keime erstickt. Die KBK ist der Ansicht, dass künftig generell mehr Möglichkeiten für angepasste Beschulungsformen und alternative Schulmodelle geschaffen werden sollten.

Die Bündner Regierung wird deshalb beauftragt:

1. auf strukturelle und finanzielle Lastenverschiebungen zu Ungunsten der Gemeinden zu verzichten;
2. die Entscheidungs- und Handlungskompetenzen der Bündner Schulträgerschaften für lokal sinnvolle Lösungen im pädagogischen und strukturellen Bereich (im Sinne von Pilotversuchen) per sofort zu erhöhen, damit individuelle, effektive und auf das jeweilige Schulsystem angepasste Massnahmen qualitätssteigernd umgesetzt werden können;
3. so rasch als möglich auch andere Beschulungsformen zu ermöglichen und Schulmodelle zu prüfen.

Chur, 12. Juni 2024

Favre Accola, Dietrich, Kasper, Censi, Epp, Furger, Kaiser, Lehner, Menghini-Inauen, Stiffler, Tanner



Sitzung vom

3. September 2024

Mitgeteilt den

4. September 2024

Protokoll Nr.

708/2024

Kommissionsauftrag KBK

betreffend Zukunft der Bündner Schulen (Erstunterzeichnerin Favre Accola)

Antwort der Regierung

Mit Beschluss vom 12. März 2024 (Prot. Nr. 223/2024) beauftragte die Regierung das Amt für Volksschule und Sport (AVS), Massnahmen zur Prüfung von Kostenreduktionen im Sonderschulbereich umzusetzen. In einem ersten Schritt soll ein Monitoring eingeführt werden. Danach sollen die Gründe für die erhöhte Sonderschulquote analysiert und zusammen mit den Schulträgerschaften Massnahmen definiert werden. In einem dritten Schritt sollen die definierten Massnahmen in den Schulträgerschaften mit erhöhter bzw. stark wachsender Sonderschulquote umgesetzt werden. Die übernächste Teilrevision des Gesetzes für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz; BR 421.000) wird sich mit dem Bereich Sonderpädagogik befassen. Die Gemeinden und Sozialpartner können sich dann einbringen. Die Regierung hält eine Überprüfung der Entwicklung des Sonderschulbedarfs in Teilbereichen (z. B. Sprachbehinderung) für notwendig, erkennt aber auch die Bedeutung der Früherkennung. Ein wichtiges Instrument derselben ist aus ihrer Sicht die heute etablierte Integrative Förderung als Prävention. Demgegenüber hat der Grosse Rat mit der Überweisung des Auftrags Michael (GRP 3/2016-2017, S. 473) und im Widerspruch zum vorliegenden Auftrag die Regierung damit beauftragt, den präventiven Förderunterricht in die Kompetenz der Schulträgerschaften zu übergeben. Zudem fordert dieser Auftrag, auf weitere Lastenverschiebungen zu Ungunsten der Gemeinden zu verzichten. In jüngerer Zeit erfolgten jedoch diverse Beschlüsse des Grossen Rats, welche im hochschwelligem Bereich jährlich wiederkehrende Kosten, grösstenteils zu Ungunsten des Kantons, zur Folge haben (vgl. dazu die Aufträge Cahenzli-Philipp [GRP 2/2022-2023, S. 233]: + 0,8 Mio. Franken., Auftrag Degiacomi [GRP 5/2022-2023, S. 781]: + 1,3 Mio. Franken., Auftrag Gartmann-Albin [GRP 5/2022-2023, S. 778]: + 2,2 Mio. Franken). Während die Kostenbeteiligung der Schulträgerschaften für die Sonderschulung unverändert geblieben ist, sind die Kosten des Kantons durch die fast vollständige Finanzierung in den letzten Jahren stark angestiegen. Die Kostenbeteiligung der Schulträgerschaften beträgt jährlich 7665 Franken pro Jahr / Schülerin und Schüler (SuS). Dieser Betrag entspricht nicht mehr den heu-

tigen Kosten. Schulversuche bezwecken hauptsächlich neue Unterrichts- und Erziehungsformen sowie neue pädagogische und organisatorische Konzepte zu erproben. Mit den von der Regierung bewilligten Schulversuchen sollen neue Konzepte getestet werden, von welchen alle SuS im gesamten Kanton profitieren können. In den letzten fünf Jahren sind zwei Anfragen eingegangen, die beide abgelehnt worden sind. Die Schule Davos wollte am Standort Wiesen einen Schulversuch mit der Basisstufe durchführen. Von 2004 bis 2009 wurde jedoch bereits in zehn Kantonen das Projekt "4bis8" der Ostschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz zum Thema Eingangsstufe durchgeführt. Strukturelle Erkenntnisse sind bei der Erarbeitung der Botschaft zur Totalrevision des Schulgesetzes eingeflossen. Weiter reichte die Stadt- schule Chur ein Konzept "Pilotversuch Lerninsel" beim Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement ein. Die Prüfung dieser Anfrage hat ergeben, dass ein Grossteil der geforderten Anpassungen bereits innerhalb des bestehenden Schulgesetzes umsetzbar ist. Aus Sicht der Regierung sind die Handlungskompetenzen der Schulträgerschaften innerhalb der gesetzlichen Vorgaben bereits heute weitreichend. Das AVS wird die Schulträgerschaften diesbezüglich künftig noch gezielter beraten. Bezüglich Modelle oder Konzepte (wie Strukturmodell Sekundarstufe I, Schulungs- und Förderform usw.) sowie die pädagogischen Prinzipien (wie kognitive Aktivierung, Differenzierung, Churer Modell) liegt es ebenfalls in der Kompetenz der Schulträgerschaften, diese für den Unterricht festzulegen. Auch entscheiden diese weitgehend selbst, ob sie zusätzliche Angebote führen möchten (beispielsweise Time-out-Angebote, Schulsozialarbeit). Schulträgerschaften können bereits heute Beschulungsformen wie Jahrgangsklassen, Mehrjahrgangsklassen, Co-Teaching, Teamteaching, Einführungsklassen oder Tagesschulen anwenden. Im Weiteren finden auch Schulmodelle gemäss der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen- und direktoren (integriertes Modell, kooperatives Modell, geteiltes Modell) auf der Sekundarstufe I Anwendung. Um jedoch die Mobilität und die Bildungsgerechtigkeit garantieren zu können, müssen die Schulträgerschaften unabhängig des geführten Modells und des pädagogischen Konzepts zwingend den Lehrplan 21 GR erfüllen sowie die Lektorentafel einhalten.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Incumbensa da la cumissiun CFC concernent l'avegnir da las scolas grischunas (emprima sutsegnadra Favre Accola)

Ils 12 da mars 2024 ha la Regenza grischuna concludì d'instradar la realisaziun da mesiras per reducir ils custs da las mesiras pretensiusas da la pedagogia speziala (conclus da la Regenza 223/2024), quai sin basa dal rapport da la firma Safi «Svilup dals custs da la scolaziun speziala en il chantun Grischun» per mauns dal USS. Quest conclus da la Regenza na vegn betg mo crititgà vehementamain dals purtaders da scola. Er tar la CFC chaschuna el numerusas dumondas che n'han er betg pudì vegnir respundidas cuntentaivlamain a chaschun da sia sesida dals 17 d'avrigl 2024 cun il DECA.

Las mesiras che vegnan skizzadas en il conclus da la Regenza e ch'èn da realisar en duas fasas augmentan en spezial la lavur administrativa. La qualitat da la furmaziun ed il sustegn necessari dals purtaders da scola areguard la lavur impurtanta da l'integrasiun per il bainstar dals uffants van a perder. Plinavant ignorescha la Regenza grischuna il princip che la diagnosa tempriva è – tant en il sectur simpel sco er en il sectur pretensius – in factur central per ina promoziun optimala e per ina integrasiun duravla cun success.

Ultra da quai resulta in ulteriur spustament da grevezzas (finanzialas) en disfavur da las vischnancas da scola. En il context da l'incumbensa Degiacomi è il Cussegl grond s'exprimi cleramain areguard la grevezza per la scola populara – ulteriuras grevezzas finanzialas e structuralas per las scolas popularas refusa la CFC cleramain. L'adattaziun planisada ed isolada da la participaziun dals purtaders da scola als custs annuals mesauns per las mesiras pretensiusas refusa la CFC. La repartiziun dals custs per la scolaziun speziala simpla e pretensiusa tranter ils purtaders da scola ed il chantun era vegnida fixada ed equilibrada l'onn 2009 en il rom da la nova concepziun da la gulivaziun da finanzas tranter il chantun e las vischnancas (NGF grischuna). Sunter ch'il pievel aveva refusà la NGF grischuna, è il resultat da questas contractivas vegnì integrà l'onn 2012 en la revisiun totala da la Lescha da scola. La refurma da la gulivaziun da finanzas da l'onn 2014 ha confermà questa repartiziun dals custs. Il spustament da las grevezzas che vegn prendi en mira da la Regenza stuess consequentamain iniziar ina nova vista cumplexsiva da l'entira gulivaziun da finanzas tranter il chantun e las vischnancas.

La CFC renconuscha explicitamain ch'i fa senn, che las incumbensas e las prestaziuns dal maun public vegnan examinadas da temp en temp e che nagins champs d'incumbensas na vegnan da princip exclus en quest connex. Ord vista da la CFC sa restrenschan las mesiras en il conclus da la Regenza dentant memia fitg sin las propostas dal rapport ed ignoreschan soluziuns alternativas, che avessan pudì vegnir resguardadas, sche las federaziuns socialas da scola fissan vegnidas involvidas commensuradamain.

La CFC constatescha er, ch'ils purtaders da scola èn tutttavia s'engaschads en il passà per sviluppar mesiras pli efficacias e pli favuraivlas en il sectur simpel e pretensius da la pedagogia speziala. Talas emprovas da pilot independentas dal stgalim, da la classa e dal lieu da scola, ha l'uffizi resp. il departament dentant adina refusà renviond a la legislaziun da scola, uschia che las emprovas èn displaschaivlamain vegnidas impedidas gia dal cumenzament ennà. La CFC è da l'avis ch'i duain vegnir stgaffidas en l'avegnir dapli pussaivladads per furmas d'instrucziun adattadas e per models da scola alternativs.

Perquai vegn la Regenza grischuna incumbensada:

1. da desister da spustaments da grevezzas structuralas e finanzialas a disfavur da las vischnancas;
2. d'auzar immediatamain las cumpetenzas da decider e d'agir dals purtaders da scola grischuns per soluziuns localmain raschunaivlas en il sectur pedagogic e structural (en il senn d'emprovas da pilot), per che mesiras individualas, efficacias ed adattadas al sistem da scola respectiv possian vegnir realisadas per augmentar la qualitat;
3. da pussibilitar uschè svelto sco pussaivel er autras furmas d'instrucziun e d'examinar uschè svelto sco pussaivel er auters models da scola.

Cuira, ils 12 da zercladur 2024

Favre Accola, Dietrich, Kasper, Censi, Epp, Furger, Kaiser, Lehner, Menghini-Inauen, Stiffler, Tanner



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

3 da settember 2024

4 da settember 2024

708/2024

Incumbensa da la cumissiun CFC

concernent l'avegnir da las scolas grischunas (emprima sutsegnadra Favre Accola)

Resposta da la Regenza

Cun il conclus dals 12 da mars 2024 (prot. nr. 223/2024) ha la Regenza incumbensà l'Uffizi per la scola populara ed il sport (USS) da realisar mesiras per examinar reducziuns dals custs en il sector da la scola speziala. En in emprim pass duai vegnir introducì in monitoring. Sco segund pass duain vegnir analisads ils motivs per la quota da scola speziala pli auta, ed ensemen cun ils purtaders da scola duain vegnir definidas mesiras. En in terz pass duain las mesiras definidas vegnir realisadas tar ils purtaders da scola che han ina quota da scola speziala pli auta resp. ina ferma creschientscha da la quota. En la surproxima revisiun parziala da la Lescha davart las scolas popularas dal chantun Grischun (Lescha da scola; DG 421.000) vegn tractà il sector da la pedagogia speziala. Las vischnancas ed ils partenaris socials pon alura prender part a la discussiun. Per la Regenza èsi necessari da controllar il svilup dal bassegn da scola speziala en secturs parzials (p.ex. impediment da lingua). Ella renconuscha dentant er l'impurtanza da la diagnosa tempriva. In instrument impurtant da la diagnosa tempriva è – ord vista da la Regenza – la prevenziun en furma da promoziun integrativa, sco quai ch'ella è oz etablida. Cun acceptar l'incumbensa Michael (PCG 3/2016-2017, p. 473), e cuntrari a l'incumbensa qua avant maun, ha il Cussegl grond percenter incumbensà la Regenza da metter l'instrucziun da promoziun preventiva en la cumpetenza dals purtaders da scola. Plinavant pretenda l'incumbensa qua avant maun da desister d'ulteriurs spustaments da grevezzas a disfavour da las vischnancas. L'ultim temp ha il Cussegl grond dentant prendì differents conclus che chaschunan custs periodics annuals en il sector pretensius, e quai per gronda part a disfavour dal chantun (cf. en chausa incumbensas Cahenzli-Philipp [PCG 2/2022-2023, p. 233]: + 0,8 miu. francs, incumbensa Degiacomi [PCG 5/2022-2023, p. 781]: + 1,3 miu. francs, incumbensa Gartmann-Albin [PCG 5/2022-2023, p. 778]: + 2,2 miu. francs). Entant che la participaziun dals purtaders da scola als custs per la scolaziun speziala n'è betg sa midada, èn ils custs dal chantun creschids fermamain ils ultims onns pervia da la finanziaziun quasi cumpletta. La participaziun dals purtaders da scola als custs importa 7665 francs per onn e per scolara u scolar (SeS). Quest import na correspunda betg pli als custs dad oz. Experiments da scola han principalmain l'intent d'empruvar ora novas furmas d'instrucziun e d'educaziun ubain novs

concepts pedagogics ed organisatorics. Cun ils experiments da scola ch'èn vegnids permess da la Regenza, duain vegnir fatgs tests cun novs concepts che portan in avantatg a tut ils SeS en l'entir chantun. Ils ultims 5 onns èn vegnidas inoltradas duas dumondas ch'èn vegnidas refusadas tuttas duas. La scola da Tavau ha vulì far a Wiesen in experiment da scola cun il stgalim da basa. Ils onns 2004 fin 2009 han dentant gia diesch chantuns realisà il project «4bis8» da la Conferenza da las directuras e dals directurs da l'educaziun publica da la Svizra da l'Ost pertutgant il tema «stgalim d'entrada». Las enconuschientschas structuralas èn vegnidas integradas en l'elavuraziun da la missiva tar la revisiun totala da la Lescha da scola. Plinavant ha la scola da la citad da Cuira inoltrà al Departament d'educaziun, cultura e protecziun da l'ambient in concept «Emprova da pilot Lerninsel». L'examinaziun da questa dumonda ha mussà, ch'ina gronda part da las adattaziuns pretendidas sa lascha realisar gia en il rom da la Lescha da scola existenta. Ord vista da la Regenza han ils purtaders da scola gia oz vastas cumpetenzas d'agir entaifer las prescripziuns legalas. En l'avegnir vegn il USS a cussegljar ils purtaders da scola anc pli sistematicamain en quest regard. Areguard ils models u concepts (sco model structural stgalim secundar I, furma da scolaziun e da promoziun e.u.v.) sco er areguard ils princips pedagogics (sco activaziun cognitiva, differenziaziun, model da Cuira) èsi medemamain chausa dals purtaders da scola da fixar quels per l'instrucziun. Er decidan ils purtaders da scola per gronda part sezs, sch'els vulan metter a disposiziun purschidas supplementaras (p.ex. purschidas da time-out, lavur sociala da scola). Ils purtaders da scola pon applitgar gia oz furmas d'instrucziun sco classas d'annadas, classas cun pliras annadas, co-teaching, teamteaching, classas d'introducziun u scolas dal di. Plinavant vegnan applitgads sin il stgalim secundar I er models da scola tenor la Conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica (model integrà, model cooperativ, model dividì). Per dentant pudair garantir la mobilitad e la giustia da la furmaziun ston ils purtaders da scola ademplir stringentamain il Plan d'instrucziun 21 GR ed observar la tavla da lecziuns, e quai independentamain dal model offrì e dal concept pedagogic.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da refusar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incarico di commissione CFormC concernente il futuro delle scuole grigionesi (prima firmataria Favre Accola)

Il 12 marzo 2024, sulla base del rapporto Safi a destinazione dell'USPS concernente l'evoluzione dei costi dell'istruzione scolastica speciale nel Cantone dei Grigioni («Kostenentwicklung Sonderschulung im Kanton Graubünden»), il Governo grigionese ha deciso di avviare l'attuazione di misure finalizzate a ridurre i costi dei provvedimenti di pedagogia specializzata ad alta soglia (DG 223/2024). Questo decreto governativo non solo viene aspramente criticato dagli enti scolastici, bensì anche in seno alla CFormC solleva numerose domande che non hanno trovato una risposta soddisfacente nemmeno in occasione della riunione del 17 aprile 2024 con il DECA.

Con le misure abbozzate nel decreto governativo e che andrebbero attuate in due fasi viene aumentato in particolare l'onere amministrativo. La qualità della formazione e il necessario sostegno agli enti scolastici in relazione all'importante lavoro di integrazione per il bene dei minori vengono però ampiamente trascurati. Il Governo grigionese ignora inoltre il principio secondo cui l'individuazione precoce (diagnosi precoce) è fondamentale per una promozione ottimale e un'integrazione di successo e duratura sia nel settore a bassa soglia sia in quello ad alta soglia.

Si aggiunge inoltre un ulteriore trasferimento di oneri (finanziari) a sfavore dei comuni scolastici. Il Gran Consiglio si è espresso in modo chiaro in merito all'aggravio della scuola dell'obbligo nel quadro dell'incarico Degiacomi; la CFormC respinge in modo chiaro ulteriori aggravii finanziari e strutturali per le scuole dell'obbligo. La CFormC respinge il previsto adeguamento isolato della partecipazione degli enti scolastici ai costi medi annui per i provvedimenti ad alta soglia. La ripartizione dei costi tra gli enti scolastici e il Cantone per l'istruzione scolastica speciale a bassa e ad alta soglia è stata negoziata e calibrata nel quadro della nuova impostazione della perequazione finanziaria tra Cantone e comuni (NPC grigionese) nel 2009. Dopo il rifiuto della NPC grigionese da parte del Popolo, il risultato di questo negoziato è confluito nella revisione totale della legge scolastica del 2012. La riforma della perequazione finanziaria nel 2014 ha confermato questa ripartizione dei costi. Il trasferimento di oneri cui mira il Governo dovrebbe di conseguenza dare origine a una analisi globale relativa all'intera perequazione finanziaria tra Cantone e comuni.

La CFormC riconosce espressamente l'utilità dell'occasionale riesame dei compiti e delle prestazioni dell'ente pubblico, senza escludere in linea di principio alcun settore di compiti. Dal punto di vista della CFormC, le misure contenute nel decreto governativo si limitano tuttavia troppo alle proposte del rapporto e trascurano altri approcci di soluzione che avrebbero potuto essere considerati in caso di adeguato coinvolgimento delle associazioni scolastiche.

La CFormC osserva anche che in passato gli enti scolastici si sono impegnati molto a favore dello sviluppo di provvedimenti più efficaci ed economici nel settore della pedagogia specializzata a bassa e ad alta soglia. Simili esperimenti pilota dipendenti dai gradi scolastici, dalle classi o dalle sedi scolastiche sono tuttavia sempre stati rifiutati dall'Ufficio e dal Dipartimento con rimando alla legislazione scolastica e purtroppo sono stati soffocati sul nascere. La CFormC ritiene che in futuro andrebbero create in generale maggiori possibilità per forme di scolarizzazione adeguate e per modelli scolastici alternativi.

Pertanto il Governo grigionese viene incaricato di:

1. rinunciare a trasferimenti di oneri strutturali e finanziari a sfavore dei comuni;
2. aumentare con effetto immediato le competenze decisionali e operative degli enti scolastici grigionesi in relazione a soluzioni localmente opportune nel settore pedagogico e strutturale (da intendere quali progetti pilota), affinché sia possibile attuare provvedimenti efficaci e adeguati al rispettivo sistema scolastico in modo da accrescerne la qualità;
3. consentire il più rapidamente possibile anche altre forme di scolarizzazione e di prendere in esame modelli scolastici.

Coira, 12 giugno 2024

Favre Accola, Dietrich, Kasper, Censi, Epp, Furger, Kaiser, Lehner, Menghini-Inauen, Stiffler, Tanner



Seduta del

3 settembre 2024

Comunicato il

4 settembre 2024

Protocollo n.

708/2024

Incarico di commissione CFormC

concernente il futuro delle scuole grigionesi (prima firmataria Favre Accola)

Risposta del Governo

Con decreto del 12 marzo 2024 (prot. n. 223/2024), il Governo ha incaricato l'Ufficio per la scuola popolare e lo sport (USPS) di dare attuazione a misure che permettano di prendere in esame riduzioni dei costi nel settore dell'istruzione scolastica speciale. In un primo passo si intende introdurre un monitoraggio. In seguito si intende analizzare le ragioni dell'aumento della quota di istruzione scolastica speciale e definire misure insieme agli enti scolastici. In una terza fase, le misure definite dovranno essere attuate dagli enti scolastici con una quota di istruzione scolastica speciale elevata o in forte aumento. La revisione parziale della legge per le scuole popolari del Cantone dei Grigioni (legge scolastica; CSC 421.000) successiva alla prossima si occuperà del settore della pedagogia speciale. I comuni e le parti sociali potranno esprimere la propria opinione in quella sede. Il Governo considera necessario esaminare lo sviluppo del bisogno di istruzione scolastica speciale in singoli settori (ad es. disabilità linguistica), ma riconosce anche l'importanza della diagnosi precoce. Dal suo punto di vista, uno strumento importante di quest'ultima è costituito dalla promozione integrativa oggi affermatasi e usata quale forma di prevenzione. Per contro, accogliendo l'incarico Michael (PGC 3/2016-2017, p. 473) e in contraddizione con il presente incarico, il Gran Consiglio ha incaricato il Governo di trasferire la competenza per l'insegnamento di sostegno preventivo agli enti scolastici. Inoltre questo incarico chiede di rinunciare a ulteriori trasferimenti di oneri a scapito dei comuni. In tempi più recenti, tuttavia, il Gran Consiglio ha preso diverse decisioni che comportano costi annui ricorrenti nel settore ad alta soglia, in gran parte a sfavore del Cantone (cfr. al riguardo gli incarichi Cahenzli-Philipp [PGC 2/2022-2023, p. 233]: + 0,8 milioni di franchi, l'incarico Degiacomi [PGC 5/2022-2023, p. 781]: + 1,3 milioni di franchi, l'incarico Gartmann-Albin [PGC 5/2022-2023, p. 778]: + 2,2 milioni di franchi). Mentre la partecipazione degli enti scolastici ai costi dell'istruzione scolastica speciale è rimasta invariata, negli ultimi anni i costi per il Cantone sono aumentati notevolmente a seguito del finanziamento quasi integrale. La partecipazione degli enti scolastici ai costi ammonta a 7665 franchi all'anno per allievo/a. Questo importo non corrisponde più ai costi odierni. Gli esperimenti scolastici servono principalmente a sperimentare nuove

forme di insegnamento e di educazione nonché nuove strategie pedagogiche e organizzative. Con gli esperimenti scolastici autorizzati dal Governo si intende sperimentare nuove strategie di cui possono beneficiare tutti gli allievi di tutto il Cantone. Negli ultimi cinque anni sono state presentate due richieste, entrambe respinte. La scuola di Davos voleva realizzare un esperimento scolastico con il livello base nella sede di Wiesen. Dal 2004 al 2009, tuttavia, il progetto «4bis8» della Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali della pubblica educazione della Svizzera orientale sul tema del ciclo di entrata è già stato introdotto in dieci Cantoni. Nell'elaborazione del messaggio relativo alla revisione totale della legge scolastica sono state considerate le cognizioni relative alle evidenze strutturali. Inoltre, la scuola comunale di Coira ha presentato al Dipartimento dell'educazione, cultura e protezione dell'ambiente una strategia intitolata «Pilotversuch Lerninsel». Dall'esame di questa domanda è emerso che gran parte degli adeguamenti richiesti sono già realizzabili nel quadro della legge scolastica in vigore. Secondo il Governo le competenze operative degli enti scolastici nel quadro delle direttive di legge sono già oggi di ampia portata. In futuro l'USPS fornirà una consulenza ancora più mirata al riguardo agli enti scolastici. Rientra anche nella competenza degli enti scolastici definire modelli o strategie (come il modello strutturale del grado secondario I, la forma di formazione e di promozione, ecc.) nonché principi pedagogici (come l'attivazione cognitiva, la differenziazione, il modello di Coira) per l'insegnamento. Inoltre gli stessi enti scolastici decidono in ampia misura autonomamente se desiderano gestire offerte supplementari (ad esempio, offerte time-out, assistenza sociale nelle scuole). Gli enti scolastici possono già oggi applicare forme di insegnamento quali le classi per età, le pluriclassi, il co-teaching, l'insegnamento cooperativo, le classi introduttive o le scuole a tempo pieno. Inoltre nel grado secondario I trovano applicazione anche modelli scolastici previsti dalla Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali della pubblica educazione (modello integrativo, modello cooperativo, modello "differenziazione strutturale"). Tuttavia, al fine di garantire la mobilità e l'equità a livello formativo gli enti scolastici, indipendentemente dal modello gestito e dalla strategia pedagogica, devono obbligatoriamente rispettare il Piano di studio 21 GR e la griglia oraria.

Sulla base di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il Cancelliere:

Daniel Spadin